

// PRESSEINFORMATION //

GEW mahnt: Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen und Kindertagesstätten darf nicht vergessen werden

Die Situation nach den Herbstferien erfordert jetzt eine neue Bewertung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes an Schulen und Kindertagesstätten. Dieser muss Vorrang haben, auch damit dem Recht auf Bildung so lange wie möglich entsprochen werden kann.

Die Corona-Pandemie legt das öffentliche Leben in Deutschland erneut lahm und führt zu einem partiellen Lockdown. Nachdem viele Bereiche des öffentlichen Lebens heruntergefahren werden, sollen die Schulen und Kindertagesstätten nach dem Willen der Bildungsministerien weiterhin geöffnet bleiben. Dies ist aus sozialen und pädagogischen Gründen nachvollziehbar und wird durch die GEW ausdrücklich unterstützt.

„Angesichts der rasant steigenden Infektionszahlen müssen jetzt aber unverzüglich Maßnahmen in der Umsetzung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ergriffen werden, die geeignet sind, Lehrkräfte und Erzieher*innen besser zu schützen“, so der Landesvorsitzende der GEW Rheinland-Pfalz, Klaus-Peter Hammer. „Wenn es zudem unser aller Ziel ist, dass die Bildungseinrichtungen so lange wie möglich weiterarbeiten können, müssen wir dafür sorgen, dass das Infektionsgeschehen in den Bildungseinrichtungen auf dem vertretbaren niedrigen Niveau wie vor den Herbstferien bleibt. Steigt die Anzahl von Erkrankungen bei Lehrkräften und Erzieher*innen, führt dies ansonsten schnell zu einer personell derart angespannten Situation, dass ein vollständiger Betrieb nicht mehr möglich sein wird.“

Für die Schulen unbedingt erforderlich ist eine sofortige Grundausstattung mit sogenannten FFP2-Masken für alle Kolleginnen und Kollegen, gerade auch deshalb, weil nicht immer und überall die Kinder und Jugendlichen dauerhaft Masken tragen können oder dürfen. Ebenso muss erneut über geeignete Testmöglichkeiten wie z.B. Schnelltests nachgedacht werden. Diese sollten schnell und unkompliziert auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden.

Leider haben manche Verantwortliche die Zeit zwischen den Sommer- und Herbstferien nicht ausreichend genutzt, um geeignete Vorkehrungen zu treffen, für den Fall, dass die Infektionszahlen in der Gesellschaft wieder enorm ansteigen. Nun gilt es schnell zu handeln. Dazu zählen besonders für die Schulen neben Lüftungskonzepten z.B. das Bereitstellen von räumlichen Ausweichmöglichkeiten oder die Anschaffung von Plexiglastrennwänden überall dort, wo das dauerhafte Tragen von Masken aus pädagogischen und gesundheitlichen Gründen erschwert ist. Zwar begrüßen wir ausdrücklich, dass das Land für die Anschaffung von Lüftungsgeräten für schlecht zu lüftende Räume zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter: <http://www.gew-rlp.de>

/-2-

gestellt hat. Eine überzeugende Strategie, wie der Regelbetrieb unter den Bedingungen der rasant steigenden Infektionszahlen aufrechterhalten werden kann, können wir derzeit jedoch nicht erkennen. Es ist mehr als fraglich, ob allein das ständige Tragen von Masken im Unterricht sowie das regelmäßige Lüften ausreichende Maßnahmen sein können, um auch mittelfristig den Vollbetrieb in den Einrichtungen aufrechterhalten zu können, wenn das Infektionsgeschehen in der allgemeinen Bevölkerung so hoch bleibt wie aktuell.

Bezogen auf die Kindertagesstätten stellt die dringende Empfehlung des Landesjugendamts, auf die Umsetzung offener Gruppenstrukturen zugunsten fester Gruppenstrukturen zu verzichten, die rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten vor große Herausforderungen. Um im Regelbetrieb mit vollem Betreuungsumfang diese Vorgabe zu erfüllen, reichen vielerorts die Personalkapazitäten bei weitem nicht aus. Auch wenn der Einsatz von Vertretungskräften nun über die maximale Dauer von sechs Monaten hinaus möglich ist, lassen sich in der Fläche nicht ausreichend Kräfte gewinnen.

In der aktuellen Situation muss auch in Betracht gezogen werden, vorübergehend lokal und vor Ort in das Szenario 2 (Wechsel von Präsenzunterricht und häuslichen Lernphasen bzw. Rückkehr zum eingeschränkten Regelbetrieb) zu wechseln, damit der Gesundheitsschutz der Kinder und Jugendlichen sowie der Beschäftigten im Bildungsbereich gewahrt werden kann. Hier wäre es wünschenswert, wenn die einzelne Einrichtung in Abstimmung mit der örtlichen Gesundheitsbehörde auf das Infektionsgeschehen vor Ort reagieren könnte, ohne dass regional großflächige Maßnahmen ergriffen werden, die in der Breite vielleicht gar nicht nötig sind.

Die GEW Rheinland-Pfalz drängt weiterhin in den Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen darauf, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz von Lehrkräften und Erzieher*innen bei allen Entscheidungen im Rahmen von Corona-Verordnungen mitberücksichtigt und umgesetzt wird. Es darf nicht an der falschen Stelle gespart werden.

Mainz, 2.11.2020